



So weit wäre denn die Sache zu Ende und in majorem dei gloriam wieder ein Kaiser bestießt. Freilich wird Herr Gittermann sicherem Vernehmen nach vom 1. Oktober d. J. ab in den Staatsdienst übertragen und zunächst bei der Navigationschule in Leer Amtstellung finden, in welcher Stellung er wohl so ziemlich vor aller weiteren Beführung mit den Orthodoxen geschützt sein wird. Das aber ein Mann von solchem Werthe, wie Gittermann, aus solchen Gründen, wie angegeben, im Jahre 1874 in Breukens, nachdem das Ministerium Mißler längst verlossen, seines Dienstes entzogen werden konnte, das ist allerdings ein Punkt, von welchem aus für uns besonders befriedigende Schlüsse auf die Zukunft nicht zu machen sind.

Dem „Anz. f. Karl.“ auf folge ist Gittermann in der That vom Kultusminister als Lehrer an der Navigationschule in Leer angestellt — Die allerdings auffällige Entscheidung des Staatsministeriums scheint damit zusammenhängen, daß für letzteres als kirchliche Behörde die Bekennnisschriften der hannoverschen Kirche maßgebend sind. Der Fall zeigt aber ein Mal wieder, wie vieles in der hannoverschen Kirche reformbedürftig ist.

**Crefeld**, 13. August. Mitte März d. J. wurde hier eine Katholikenversammlung von dem Polizeiinspektor Scheuer geschlossen, sobald der erste Redner die Worte gesprochen hatte: „Man hat den Erzbischof von Bremen seiner Freiheit beraubt und gewaltsam nach Ostrowo ins Gefängnis geführt.“ Gegn diese Maßregel des Polizeiinspektors hatte das betreffende Komitee bald nachher bei der Regierung in Düsseldorf protestirt. Von dieser abschlägig beschieden, wandte man sich an das Oberpräsidium zu Koblenz. Dieser Tage nun lief nicht von Koblenz, sondern direkt aus dem Ministerium des Innern folgendes Antwortschreiben auf die an das Oberpräsidium eingereichte Beschwerde ein:

Berlin, den 31. Juli 1874. Auf die an den Herrn Oberpräsidenten der Rheinprovinz gerichtete und von diesem reßortmäßig zu meiner Entscheidung eingereichte Vorstellung vom 19. Mai c. betreffend die Auflösung der am 15. März c. in dritter Stadt abgehaltenen Katholikenversammlung, eröffne ich Ihnen, unter Rückwendung der beiden Anlagen, daß ich nach näherer Prüfung des Sachverhalts keine Veranlassung gefunden habe, den Bescheid der königlichen Regierung zu Düsseldorf vom 5. Mai c. abzuändern. Der Minister des Innern. Im Auftrage. (Name unleserlich.)

**Trier**, 14. August. Elf thörichte Jungfrauen, welche, um den aus dem Gefängnis entlassenen Kaplan Thielen von Schweich festlich zu empfangen, sich zusammengetroffen und teilweise den Organen der Behörde Widerstand geleistet hatten, waren dafür vom hiesigen königlichen Zuchtpolizeigerichte zu verschiedenen Geldbußen und Gefängnisstrafen verurtheilt worden. Aber sie wollten sich nicht freiwillig zur Strafverfügung einfinden, sondern ihre Rolle weiter spielen und „nur der Gewalt“ weichen. Gestern wurden bereits fünf durch den Gendarmen eingebraucht und heute mußten die übrigen der „Gewalt“ weichen.

**Wien**, 14. August. Während noch vor wenigen Wochen die Nachricht von der Bildung einer katholischen Reichspartei föderalistischerseits als eine müßige Erfindung bezeichnet wurde, mehren sich immer unzweideutiger die Anhaltspunkte, welche das Entstehen einer solchen Partei bereits als vollzogene Thatsache erscheinen lassen. Diese wird in erster Linie durch die Gründung der „Wiener Ressource“ bestätigt, welche, wie es in den betreffenden Einladungsschreiben ausdrücklich heißt, es sich zur Aufgabe gemacht hat, einen „Sammelpunkt für die katholischen Interessen zu schaffen“, damit die Gesinnungsgegnossen „durch unmittelbaren persönlichen Verkehr jener Gedankenaus tausch pflegen, ohne welchen ein einiges Vorgehen nicht gedacht werden kann.“ Die Zwecke des genannten Vereins sind damit ziemlich unverblümmt dargelegt. Aus Brünn wird der „Presse“ hierüber geschrieben:

Die Konstituierung der Klerikalen zur Bildung einer selbständigen politischen Fraktion hat eine greifbare Form erhalten, und die Niederlage des Grafen Egbert Belcredi anlässlich der vorige Woche stattgefundenen Reichsrathswahl hat die Fäuste des Projekts in der Durchführung ihres Vorhabens nur bestärkt. Die katholische Partei tritt von dem bisher behaupteten föderalistischen Standpunkt gänzlich zurück und schreibt die „konservative“ Richtung sowohl in politischen als religiösen Fragen auf ihre Fahne. Erzbischof Fürstenberg, Bischof Nöttig sowie die Brälaten Mährens sind dem Programm vollkommen beigetreten und Domherr Baron Königsmann begiebt sich künftig Woche nach Brag, um auch Kardinal Schwarzenberg für die Idee zu gewinnen, welcher er bereitwillig bestimmen dürfte, da er nur mit Widerwillen sich in das Schlepptau der Čechen nehmen ließ. Die Annäherung an Kardinal Rauscher wird vermittelt. Ist die Bildung dieser österreichischen Zentrumspartei vollzogen, so werden mit diesem Faktum sowohl die Čechen als die Verfassungspartei ernstlich zu rechnen haben.

**Bern**, 14. August. Offizieller Mittheilung auf folge hat die kaiserlich brasilianische Regierung der Schweiz den am 26. Januar 1861 abgeschlossenen Konsularvertrag so wie den Nachtrag zu demselben vom 7. September 1862 für den 20. d. M. definitiv gekündigt; gleichzeitig hat sie auch dem Bundesrat durch ihren hiesigen Gesandten den Entwurf zu einem neuen solchen Vertrage aufstellen lassen, über welchen die Verhandlungen so bald als möglich eröffnet werden sollen. Uebrigens ist die Kündigung ihrer Konsularverträge Seitens der brasilianischen Regierung auch gegenüber anderen Staaten erfolgt. — Am 7. d. hat in Paris, wie der schweizerische Geschäftsträger, Dr. Kern, dem Bundesrathe soeben mitgetheilt hat, die Auswechselung der Ratifikations-Urkunden betreffend den Nachtrag vom 31. Januar 1874 zur pariser Münz-Union vom 23. Dezember 1865 stattgefunden, womit diese Uebereinkunft nun in Kraft getreten ist. — In seiner heutigen Sitzung beschloß der Regierungsrath des Kantons Bern in Aussführung des in Art. 54 der neuen Bundesverfassung aufgestellten Grundsatzes, daß das Recht zur Ehe weder aus kirchlichen oder ökonomischen, noch wegen seitherigen Verhaltens oder aus anderen polizeilichen Gründen beschränkt werden darf, den reformierten Pfarrätern und zu thun, daß in Folge dieses Grundsatzes das bis jetzt bestehende Verbot der Trauungen in den sogenannten heiligen Zeiten fortan als dahingefallen zu betrachten und daher für solche Trauungen eine Bewilligung der Justiz- und Polizei-Direktion nicht mehr einzuholen sei und auch nicht mehr werde ausgestellt werden.

**Paris**, 15. Aug. Die großen Redensarten sind wieder an der Tagesordnung. Man lese den „Figaro“ über die Reise des Marshalls, und man wird staunen über die Taktlosigkeit, mit welcher der Barbier Villemessant den Gefeierten mit Lob einsetzt, und über die Tollheit, mit welcher er die Deputirten, die anderer Meinung sind, heruntermacht; und man lese auf der anderen Seite die „République Française“, wie sie die Wähler im Calvados bei der Ehre angreift und versichert: sie werden thun, was Frankreich von ihnen erwartet. Denn Frankreich ist Gambetta und die Bewohner des Calvados fühlen wie ganz Frank-

“ die Demuth einer ungeschickten Politik, welche die Bonapartisten „sche auszubauen sucht, aber die Wähler des Calvados wis-

sen, daß diese Leute es waren, die einen wahnsinnigen Krieg erklärt, unsere Grenzen offen ließen, unser Norden überchwemmen, unsere Städte einschließen ließen und unsere Armeen ganz und gar dem Feinde wie Heeren überliefern“. Gambetta ist immer erhaben, wenn er zum Volke redet, nur daß der Schritt vom Erhabenen zum Lächerlichen nicht viel größer als bei Villemessant zu sein pflegt. Es ist immer verweg, über den Ausfall von Wahlen in Frankreich etwas Bestimmtes vorhersagen zu wollen, aber seit Jahr und Tag herrsche keine solche Ungewißheit über einen Wahlkampf, wie über den, welcher morgen ausgesuchten werden soll.

Der „Soir“ bringt über die Untersuchung wegen Bazaine's Flucht folgende Mittheilung: „Die Justiz konnte feststellen, daß die Flucht Bazaine's seit langer Zeit vorbereitet war. Die Beschlagnahme seines Gepäcks ergab dies zur Genüge. Der General Prokurator von Graisse entdeckte im Gefängnis Bazaine's mehrere, mit Papieren und anderen Gegenständen angefüllte Koffer, welche zur Expedition bereit waren. Auf jedem der Koffer befand sich eine Adresse von der Hand des Marshalls. Obgleich die Regierung alles Interesse hat, daß Licht auf die Sache geworfen werde, so glauben wir doch die Namen der Personen verschweigen zu müssen, an welche dieselben gerichtet waren. Die Koffer so wie die Gemächer des Marshalls wurden versiegelt. Das Verhör der vier Kriegermeister klärte die Sache nicht auf. Der Gefängnis-Direktor Marchi erhebt Einspruch gegen die wider ihn erhobenen Anklagen. Ihm auf folge wußte der Oberst Villette Alles. Marchi beklagte sich seit langer Zeit über die Verantwortlichkeit, die in Folge des freien Verkehrs des Marshalls mit seiner Frau und dem Obersten Villette auf ihm lastete. Er beklagte sich auch über Herrn Bazaine, welcher Alles aufbot, um sich den Reglements zu entziehen. In Folge dieser Aussagen wird wahrscheinlich der Gefängnis-Direktor dem Obersten Villette gegenübergestellt werden. Die Beschlagnahme des Gepäcks des Obersten auf dem marseiller Bahnhofe soll zur Entdeckung geführt haben, daß zwei in Cannes wohnende Personen Mischuldige sind. Die Zahl der gegenwärtig sich in Haft befindenden Personen beträgt acht. Aus den vorstehenden Mittheilungen geht hervor, daß das Schiff „Baron Micasoli“ durch Vermittlung einer in Italien wohnenden Person gemietet wurde. Der Preis für das Schiff war 1000 Frs. per Tag und betrug im Ganzen 6000 Frs. Der Kapitän wußte nicht, daß er Bazaine an Bord nehmen sollte. Man sage ihm, daß er fremde Piraten abholen werde, welche sich vom Golf Douan nach Genua begeben wollten. Der Kapitän machte deshalb auch einige Schwierigkeiten, als er die Wahrheit erfuhr. Herr X... der sich an Bord befand, berief sich aber auf den Vertrag und der Kapitän gab nach. Bei der Ankunft in Genua trat Bazaine als der Bediente seiner Frau auf. Er ging hinter den Marshallin her, welcher Nul den Arm gab, und trug einen Koffer, unter welchem er sich das Gesicht verbarg. Sie fliegen im Hotel Feder ab, das nicht am Hafen liegt.“

**Madrid**. Don Carlos sucht den Gang der Dinge durch ein abgeschmacktes Manifest aufzuhalten, welches wir schon neulich kurz erwähnt haben. Gerichtet ist das Manifest an die „christlichen“, d. h. doch wohl katholischen Mächte Europas, datirt ist es vom 6. Don Carlos nennt sich in denselben „den König von Spanien von Rechts wegen, der auch tatsächlich bereits über einen großen Theil Spaniens herrsche.“ Er erklärt, bei jedem Zusammentost habe er die Republikaner geschlagen, und jetzt sei er im Begriffe, ihre Streitkräfte vollends zu vernichten. Alle Anklagen gegen die Karlisten erklärt er natürlich für Verleumdung. Seine Flagge sei das Symbol der Ordnung, des gesetzlichen Fortschritts und aller Art moralischer und materieller Entwicklung. Schließlich erklärt Don Carlos, er werde weiter kämpfen und wenn alle Mächte des Auslands intervenierten, übrigens glaubte er nicht an letztere Eventualität. Bereits hervorgehoben haben wir die Bedeutung des für die Republikaner siegreichen Gefechts bei Oteiza betreffs der Anerkennung der madrider Regierung durch die Mächte, und ebenso haben wir bereits der Anstrengungen der carlistischen Organe gedacht, die Niederlage des Carlistengenerals Mendiri in einem Sieg zu verwandeln. „Univers“ wiederholt voll Bosheit die Versicherung, daß Moriones bei Oteiza durch vier Carlistenbataillone geschlagen worden sei und große Verluste erlitten habe, während die der Carlisten kaum nennenswerth seien. Ebenso wiederholt es die Versicherung, daß Zubala's Truppen bei Logronno revoltiert hätten und dem General ans Leben wollten, während die Soldaten Moriones' massenhaft desertierten. Die Wuth, mit welcher das Jesuitenorgan sich in diese Behauptungen verbeiht, zeigt nur, Welch' harter Schlag der carlistischen Sache durch die Anerkennung Serrano's unmittelbar versezt wird. Die Nachrichten aus dem Norden lassen keinen Zweifel mehr, daß Moriones bei Oteiza nicht nur das Schlachtfeld behauptet, sondern auch die Positionen, an deren Verschanzung Mendiri mit 18 Bataillonen Infanterie fünf Tage hindurch gearbeitet hatte, sowie den Ort Oteiza selbst erobert hat. Der Kampf begann am 11. d. um 11 Uhr Morgens und endete um 3 Uhr Nachmittags. Die Carlisten haben einer Depesche des General Moriones zufolge etwa 700 Mann sowie beträchtliche Proviantvorräthe und drei ihrer höheren Führer verloren, welche in Villatuerta beerdigt worden sind.

**London**, 13. August. Die Liberation Society, welche seit Jahren auf die Abschaffung der Staatskirche hinarbeitet, rüstet sich zu einem neuen und ganz besonders energischen Feldzuge. Die Veranlassung liegt in den Erörterungen über kirchliche Angelegenheiten, welche sich im Laufe der Session abgesponnen und den Stimmführern jener Gesellschaft die Überzeugung beigebracht haben, daß ihre Sache bedeutende Fortschritte gemacht hat. Der Plan, welcher in Folge dessen zur Reife gediehen ist, geht dahin, England, Schottland und Wales mit einem Netz von Orts- und Bezirksvereinen zu bedecken und durch Wanderredner bearbeiten zu lassen, so wie zahlreiche Flugschriften in Umlauf zu bringen. Der Erfolg des Planes hängt von dem Erfolg ab, den ein Anfang November bei der jährlichen Konferenz zu erlassender Aufruf zur Beisteuer von jährlich 20,00 Lire für die Zwecke der Gesellschaft haben wird.

Da die Empörung einiger Könige gegen den König von Aschanti zu Folge gehabt hat, daß der britische Kapitän Lee in besonderem Auftrage nach Kumassi geht, so gibt der frühere Berichterstatter der „Times“ eine Schilderung der politischen Zustände auf der Goldküste. Die Aschantis — heißt es — bildeten vor 200 Jahren einen kleinen Stamm, der dem damals mächtigen, jetzt aber zum englischen Protektorat gehörigen Staate Donker Basalland dienste leistete. Schlechte Behandlung brachte die Aschantis zum Aufstande; sie gewannen ihre Unabhängigkeit, gründeten Kumassi und eroberten die benachbarten Königreiche Biogea, Koloso, Mampon, Adansi und Juabin. Diese

Staaten blieben indessen unter ihren eigenen Königen, die den Aschantis nur Tribut zahlten, ihrem Könige Soldaten stellten, wenn er in den Krieg zog, zu gewissen Festlichkeiten nach der aschantischen Hauptstadt gingen und bisweilen auch zu einer Berathung dorthin berufen werden. Das Reich Aschanti bestand demnach aus mehreren kleinen Königreichen, die nur durch Zusammengehören wurden und stets bereit waren, bei einer guten Gelegenheit von den Aschantis abzufallen. Die Periode der Verbrüderung ist nun eingetreten; viele Stämme haben sich unter englischen Schutz gestellt, andere wollen jetzt ihre Unabhängigkeit von dem geschwächten Tyrannenstamme erringen. Der Korrespondent der „Times“ ist der Ansicht, daß es nicht im Interesse Englands liege, diese Auflösung zu verhindern, da sie nicht nur eine Folge der Grausamkeit Kosso Kalkallis ist, sondern auch den Verkehr mit einigen viel zivilisierten inländischen Stämmen, der bisher von den starken Aschantis gehindert wurde, fördern dürfte. Kapitän Lee hat eine sehr zarte Mission, deren Ausgang hoffentlich befriedigend sein wird.

## Kuppland und Polen.

**Petersburg**, 15. August. Die Herzogin Marie von Mecklenburg-Schwerin, die Braut des Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch, ist vorgestern mit großem Gepränge in Barstoje-Selo eingezogen. Den Zug eröffnete die kaukasische Leibgarde des Kaisers. In einem leichten, mit vier weißen Pferden bespannen Phaeton saßen die Kaiserin mit der Braut zu ihrer Rechten. Die Kaiserin war in weißer Toilette mit hellblauen Bändern und grüßte die Militärs, welche zur rechten Seite des Weges Stellung genommen hatten und das Publikum, welches zur Linken stand. Die in Schönheit und Anmut strahlende hohe Braut war in weißer Sommer-Toilette und trug Rosen auf dem leichten Hut, der das jugendliche Antlitz frei sehen ließ. Auch sie grüßte freundlich nach allen Seiten hin. Gleich hinter dem Wagen ritten der Kaiser und der Großherzog von Mecklenburg-Schwerin, denen sich die Großfürsten und eine große glänzende militärische Suite zu Pferde und die Wagen der Großfürstinnen anschließen. Unter Kanonendonner und den Klängen der Musikköre bewegte sich der feierliche Zug zu dem alten Palais, in dessen Vorhallen sämtliche Hofchargen zum Empfang bereit standen. Ihre Kaiserlichen Majestäten traten dann mit der hohen Braut, dem Großfürsten Vladimir Alexandrowitsch und den übrigen Herrschaften in die Hofkirche zum Dankgebet, worauf dieselben sich in die inneren Gemächer begaben. Um 2 Uhr machte die Kaiserin mit der Braut einen Besuch im Alexander-Palais bei der Großfürstin Thronfolger und bei der Großfürstin Olga Feodorowna. Die Mittagstafel fand im alten Palais statt. Nach der Tafel hielt die Kaiserliche Familie einen Umgang im schwedischen Garten, von wo sie der Musik, welche im Garten spielte, zuhörte. Der Kaiser führte die Braut, welche jetzt in zarter Rosa-Toilette war und Rosen im Haar trug, an die Rampe der Gallerie, von wo die Herzogin das sehr zahlreich versammelte Publikum freundlich begrüßte. Der feierliche Einzug des Brautpaars in Petersburg findet am 27. August statt. Alle in der Umgegend die Lözirten Truppen sollen an diesem Tage in Petersburg zusammengezogen werden.

Eine wichtige langerwarte und erwünschte Veränderung ist vor sich gegangen. Abgeschafft ist das Institut der Friedensvermittler, an seine Stelle tritt eine Bauer-Kreisherrschaft. Ihren Ursprung verbanden die Friedensvermittler der Aufhebung der Leibeigenschaft; Vermittlung zwischen Bauern und Gutsbesitzern bei der Abschaffung persönlicher Abhängigkeit der ersten und bei Einführung der neuen bürgerlichen Verhältnisse — das war ihre Aufgabe. Sie hatten noch außerdem höchst wichtige Befugnisse, die Kontrolle in Angelegenheit der bürgerlichen Selbstverwaltung stand ihnen zu, mit administrativen Vollmachten waren sie bei der Sammlung der auf den Bauern lastenden Abgaben und Steuern ausgerüstet, endlich bildeten sie in einigen Angelegenheiten eine gerichtliche Instanz. Als das letztere Attribut später auf die Friedensrichter überging, wurde ihnen an dessen Stelle eine gewisse Rolle bei Gründung der bürgerlichen Wahlversammlungen, eine nicht minder wichtige Funktion, zuerkannt. Durch die Summe diesen verschiedenen Attribute lag in dem Friedensvermittler der eigentliche Schwerpunkt, um welchen sich die wichtigsten bürgerlichen Interessen drehten. Durch unmittelbare Verbindung mit den Bauern erlangten sie oftmals einen gewichtigeren Einfluß als die höheren Behörden. Anfangs war es beabsichtigt, das bürgerliche und das Gutsbesitzer-Element in dieser Organisation zu verschmelzen. Es war das der ausgesprochene Wunsch des Kaisers während der Vorbereitung, arbeiten, die dem Emancipationsalte vorangingen, damals bestand die Absicht, die Friedensvermittler zwar aus der Mitte der Gutsbesitzer, aber durch die Bauergemeinden wählen zu lassen. Unter dem Vorwande jedoch, daß die Bauergemeinden selbst im Prozeß der Umbildung begriffen seien, und der Leitung bedürfen, bis sie den veränderten Verhältnissen angepaßte Organisation erlangt haben, gelang es gemäß Einstellung, daß man es für unlöslich hielt, ihnen die Wahl der Friedensvermittler zu überlassen. Die Wahl fiel den Gouverneuren anheim, die zu diesem Behufe eine Kandidatenliste benötigten, welche ihnen die Abstimmungswahl des Distrikts einreichte. Diese Ordnung sollte für drei Jahre Gültigkeit haben, nichtsdestoweniger bestand sie bis heut, d. h. bis zu dem Termin, an welchem das Institut zu Grabe geläutet wurde. Da das Institut zur Regelung einer Übergangsperiode geschaffen war, hätte es wenigstens in der alten Form keinen Bestand haben sollen, sowie die Verhältnisse sich konsolidirten; und sicher ist es ein Fehler, daß man es nicht schon vor Jahren über den Haufen stieß und durch ein passenderes erste. Inzwischen wurden die Friedensvermittler von Tag zu Tag verhäuft, sie überbürdeten das Budget der Landschaften und schafften in der Regel nicht den geringsten Nutzen. Die Fähigsten haben schon seit Jahren ihren Posten aufgegeben, da sie fast ausnahmslos als Vertreter der Landschaft oder als Friedensrichter gewählt wurden; andere verdrängte der Haß der örtlichen Landbesitzer. Die Zurückbleibenden exzellirten durch absolute Unthätigkeit oder grobe Missbräuche. Schließlich drängte sich der Regierung die Überzeugung auf, daß dieses Institut seinem ursprünglichen Zweck zuwiderlaufe.

## Lokales und Provinzielles.

**Posen**, 18. August.

Der bekannte ehemalige Distrikts-Kommissarius Lindenberger hat seine Gefängnisstrafe bereits seit März c. verbüßt und soll jetzt bei der „Reichs-Zeitung“ thätig sein. Derselbe weilt, wie man der „Volks-Ztg.“ von hier mittheilt, z. B. in seinem früheren Amtsorte

Neutomischel. Wie man erzählt, bezicht derselbe nach wie vor aus testamentarischen Fonds einer verstorbenen hohen Dame eine jährliche Subvention in Höhe von 300 Thlr. — Demselben berliner Blatte folge haben in der Disziplinaruntersuchungsfache gegen den Bürgermeister Thiemann in Neutomischel bereits mehrfache Zeugenvornehmungen stattgefunden; einige zum Besuch am Orte anwesende auswärtige Damen sind gleichfalls vernommen und vom Landrath vereidigt worden. Ihre Vorladung erfolgte kurzerhand durch den Polizeidienner resp. durch den kommissarischen Bürgermeister. Die Voruntersuchung scheint übrigens nunmehr beendet zu sein, da der Landrath v. Nitschönen in diesen Tagen zur Übernahme seiner neuen Stelle als Landrath des K. eisernen Stolp abreisen wird.

r. Die Gehälter der städtischen Beamten sind während der letzten 25 Jahre ebenso, wie die der städtischen Lehrer, entsprechend der Steigerung aller Lebensbedürfnisse, beträchtlich erhöht wor den. Nach dem Etat der Stadtgemeinde Posen pro 1819 bezog der Oberbürgermeister 1500 Thlr. Gehalt, während gegenwärtig das Gehalt des ersten städtischen Beamten (inkl. Wohnungsgeldzuschuß) 3000 Thlr. beträgt. Der damalige Bürgerstr. zugleich Stadtkonsul (Guderian) war mit 1000 Thlr. Gehalt angestellt, und hatte überdies die Befugnis in Prozesssachen Mandatariengebühren von den dazu verurteilten Ge gegenvortreitern zu fordern, während gegenwärtig der Bürgermeister, inkl. Wohnungsgeldzuschuß 2000 Thlr. Gehalt besteht. Das Gehalt der be soldeten Städteräte belief sich damals auf 700 Thlr. gegenwärtig auf 1500 Thlr. Der Stadtbauinspektor erhielt damals nur 600 Thlr. Gehalt und gehörte nicht zu den Magistrats-Mitgliedern, sondern zu den Magistrats-Subalternbeamten; der Stadtbaurath, gegenwärtig Magistrats-Mitglied, bezahlt ein Gehalt, inkl. Wohnungsgeldzuschuß, von 1500 Thlr. — Von den Magistrats-Subalternbeamten erhielten die Statistretäre, der Registratur und der Stadtsinspektor damals nur 400—500 Thlr., gegenwärtig, inkl. Wohnungsgeldzuschuß, 700—900 Thlr. Gehalt. Als Subalternbeamten sind in dem Etat von 1819 auch der Stadtpfleger und der Stadtkirurg mit je 100 Thlr. Gehalt angeführt. Gegenwärtig erhalten die beiden Aerzte des städtischen Krankenhauses je 350 Thlr. Gehalt. — Die damaligen Kassenbeamten, Kendanten und Kontrolleure bezogen Gehälter von 500 bis 700 Thlr., gegenwärtig, inkl. Wohnungsgeldzuschuß, 900 bis 1200 Thlr. — Auch die Gehälter der zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Beamten sind erhöht worden; die Rathsdienner, damals mit 180 Thlr. Gehalt angestellt, erhalten gegenwärtig, inkl. Wohnungsgeldzuschuß 250 bis 400 Thlr. Gehalt. Es geht aus dieser Zusammenstellung hervor, daß die Gehälter der Magistrats-Mitglieder seit 25 Jahren um 100 bis 114 p.C. die der Magistrats-Subalternbeamten und der zu mechanischen Dienstleistungen bestimmten Beamten um 72 bis 80 p.C. erhöht worden sind.

r. An Gewerbesteuern wurden i. J. 1873 in unserer Stadt entricht: von 45 Kaufleuten A I. 3424 Thlr.; von 752 Kaufleuten A II: 10 864 Thlr.; von 1178 Händlern B: 5085 Thlr.; von 330 Gast und Schankwirten: 3457 Thlr.; von 85 Bäckern 1126 Thlr.; von 124 Fleischern 1183 Thlr.; von 9 Brauern 616 Thlr.; von 492 Handwertern: 2493 Thlr.; von 266 Schaffern, Lohn- und Frachtführerleuten 1067 Thlr.; von 39 Haushalte n. 518 Thlr.

r. Eröffnung der Jagd. Nach amtlichen Bekanntmachungen der betreffenden königlichen Regierungen wird für den Bromberger Regierungsbezirk als Jagderöffnungstag auf Hühner der 20. August, auf Hasen der 1. September bezeichnet; für den Kriegsminister der 20. August und 15. September, für den Frankfurter der 24. August und 15. September. Für den Posener Regierungsbezirk ist eine Bekanntmachung bis jetzt durch das Amtsblatt nicht veröffentlicht worden. Die verspätete Eröffnung der Jagd auf Hasen mag ihren Grund in der Annahme haben, daß die Sezession in diesem Jahre in Folge der warmen Witterung sich um etwas verlängert. Nach § 5 und 17 des Gesetzes vom 26. Februar 1870 verfällt Derselbe, welcher vor dem Eröffnungstage einen Hasen erlegt, in eine Strafe von 5 Thalern, wodurch fehlte oder verlaufen, in eine Strafe bis zu 30 Thalern.

r. Hausfriedensbruch. Am 16. d. M. drang ein Tischler mit zwei Begleitern in die Wohnung eines Böttchers auf der Thorstraße, mißhandelte diesen, dessen Frau und Schwägerin. Es ist gegen ihn und seine unbekannten Begleiter der Strafantrag wegen Hausfriedensbruch und Körperverletzung gestellt worden.

r. Raubanfall. Ein Gärtner von der Zagore wurde Sonntag Abends auf der Domstraße von einem mehrfach bestraften Arbeiter und dessen Frau überfallen und mißhandelt, und wurde ihm bei dieser Gelegenheit ein brauner Rock, ein Taschentuch, eine Mütze und 4 Thlr. Geld entzogen.

r. Verhaftet wurde Sonntag Nachmittags ein Schmied wegen Widerstandes gegen Beamte in Ausübung ihres Dienstes; es stellte sich heraus, daß derselbe am 14. d. M. aus der Küche divers Löffel, Messer und Gabeln gestohlen waren. Nachdem die Kriminalpolizei den Thäter ermittelt hatte, verweigerte der Dieb, ein Pole, dem Bifat, der ihn ins Verhör nahm, und dabei allen möglichen geistigen Zuspruch anwendete, jede Auskunft über den Verbleib der gestohlenen Sachen; erst der Kriminalpolizei gestand er, wo er dieselben gelassen habe. — In einer der vergangenen Nächte wurde auf einem Zimmerplatz an der Sandstraße eine große Säge gestohlen. — Am 15. d. M. Abends ist aus der Gepäckabteilung der Märkisch-Posener Bahn ein Reisender ein grauer Havelock und einem Späckträger ein schwarzer Rock entwendet worden. — Verhaftet wurde ein Dienstmädchen, welches ihrer Herrschaft auf der Breiten Straße mehrere Sachen gestohlen hatte.

r. W. Borek, 17. August. In der Naumbordstraße, welche vor einigen Tagen auf öffentlicher Chausseestraße zwischen Borek und Jaraczewo sich augetragen und vorüber an dieser Stelle bereits bestrichen wurde, läßt sich nun das Sachverhältnis, nachdem die Gemüthshandlung ihre Bestimmung soweit wieder zurückgelangt, daß sie umfassendere Angaben machen kann, genauer zusammenstellen. Die Gemüthshandlung kam zufällig mit dem Raubmörder zugleich in einem Gasthause hier selbst zusammen und wurde von letzterem mit Schnaps traktirt. Bei dieser Gelegenheit erfuhr dieser, daß dieselbe 3 Thlr. bei sich habe, die sie von ihrem Mann, der in Goslin arbeitet, erhalten habe. Unbemerkt machte sich der Lebdenkende auf den Weg nach Jaraczewo, während die Frau erst einige Zeit später ihm folgte. In einer kleinen Entfernung holte die Letztere den Ersteren ein und so gingen Beide bis vor Skolowo an einem Maisfeld ruhig fort. Hier verlangte der Strolch von der nichts ahnenden Frau das Geld und als sie dies zu geben sich weigerte, warf er sich auf dieselbe, drückte sie zu Boden, zerstieß ihr mit einem Messer den Mund, das Ohr und brachte ihr verschiedene Stiche und Schläge in den Schlafen und Kopf bei und beraubte sie dann ihrer Habe. Damit noch nicht zufrieden, äußerte er: "Du Hundekrat, du kanst mich, wirfst mich verraten, du mußt tot gemacht werden." Er griff sie darauf an den Kleidern und Füßen, um sie in das Maisfeld zu ziehen und dort vollends zu töten, als er in der Entfernung eine Frauenperson bemerkte, die auf ihn zukam. Er suchte hierauf das Weite, sein Opfer im Blute liegen lassend. Im bewußtlosen Zustande und mit zerstörten Kleidern wurde die Unglückliche nach Jaraczewo gebracht, die Sache kam vor die Polizei, Gerichtshof und Befehlshaber verfolgte sofort den Thäter und ihm gelang es auch, desselben habhaft zu werden und dingfest zu machen. Da der Vorfall auf dem Territorium des Krotoschiner Kreises sich ereignet hat, so wird diese Angelegenheit wahrscheinlich von der königl. Staatsanwaltschaft Pleschen in die Hand genommen werden.

## Wissenschaft, Kunst und Literatur.

\* Neueste Moden. Die unter diesem Titel in Leipzig erscheinende illustrierte Modezeitung beschließt mit der soeben ausgegebenen Nr. 12 ihren 1874er Jahrgang. Diese Nr. 12 bringt vorherrschend Wäschzeichnungen und Beschreibungen und bietet darin eine reiche Ausbeute des Praktischen und Neuesten. Von besonderem Werthe, namentlich für junge Damen, welche sich ihre Kleidungsstücke selbst anfertigen, sind Schnittmuster, welche jede einzelne Nummer aufzuweisen hat. Die kolorierten Modelle, von denen für jede Saison eins geliefert wird, mit vielen Figuren, bilden schließlich den Gipspunkt des Unternehmens. Das beste Merkmal für die Vortrefflichkeit dieser Modezeitung ist die Thatlache, daß die bei weitem größte Anzahl aller gebrachten Toiletten auch wirklich vom Publikum getragen werden, ein Beweis, daß die mitarbeitenden Künstler mit aller Gewissenhaftigkeit die Werkstätten der Arbeiter besuchen und da zu Papier bringen, was für die nächsten 3—4 Monate in Vorbereitung ist.

Wie die Verlagsbuchhandlung der Neuesten Moden mittheilt, gibt es ein Mittel, dieses Modeblatt ganz umsonst zu bekommen. Man hat nur nötig, die Heftausgabe, alle 14 Tage ein Heft (man merke also wohl die Heftausgabe nicht die Wochen-Nummer-Ausgabe) der illustrierten Zeitschrift "Das Neue Blatt" zu beziehen, so erhält man die oben beschriebene Modezeitung gleich mit, ohne extra Bezahlung. Die Heftausgabe bietet den Vortheil, die Nummern gleich unter Umschlag zu haben, welcher letztere auf seinen inneren Seiten in der Regel noch mit allerhand ergötzlichen humoristischen Szenen ausgestattet ist. 4 Sgr. gleich 40 Pfennige neue Reichswährung für ein solches Heft ist ein sehr mäßiger Preis für diese vortreffliche illustrierte Zeitschrift mit Einschluß des Modeblattes.

## Staats- und Volkswirtschaft.

\*\* Der Aufsichtsrath der Märkisch-Posener Eisenbahn ist der "Bors. Btg." aufzugehen, gegenwärtig eifrig bemüht, diejenigen Arrangements in der technischen und kaufmännischen Verwaltung des Unternehmens herbeizuführen, welche für eine weitere günstige Entwicklung der Bahn nothwendig erscheinen. Zu dem Ende sind in letzter Zeit bereits mit mehreren Persönlichkeiten wegen ihres Eintritts in die Direktion Verhandlungen geslossen und zum Abschluß gebracht worden, während andere ähnliche Negoziationen noch in der Schwebe sind. Jedenfalls darf erwartet werden, daß die Leitung des Unternehmens in der Folge tüchtigen Händen anvertraut sein wird.

\*\* Baugesellschaft F. Pleßner und Comp. Aus Berlin wird berichtet: Es ist nunmehr mit den Gläubigern der Baugesellschaft F. Pleßner eine Einigung erzielt, welche auf die Gewährung eines einjährigen Moratoriums abzielt. Die Geldmittel für den Ausbau der Oels-Gnesener Bahn sind jetzt gesichert, wodurch die Abwicklung und Liquidation der Pleßner'schen Gesellschaft selbstredend bedeutend gefördert wird.

\*\* Volkswirtschaftlicher Kongress. Gestern begannen in Crefeld die Verhandlungen des 15. Volkswirtschaftlichen Kongresses. Zu den bereits angemeldeten Anträgen ist neuerdings zu Pro. 1 der Tagesordnung noch hinzugekommen: A. Die gesetzlichen Vorschriften über die Dekun der Banknoten. Der Vorschlag geht von der Annahme aus, daß es sich nicht darum handeln kann, allgemeine theoretische Grundlage über das Bankwesen überhaupt auszupreden, sondern daß die gegebenen deutschen Bankverhältnisse ins Auge zu fassen sind. Es wird unterschieden zwischen der zu errichtenden Reichsbank und den Zentralbanken. Die erste soll die Organisation der gegenwärtigen Preuß. Bank erhalten und in eine allgemeine Deutsche Reichsbank hinübergelitet werden. Wenn gesetzliche Bestimmungen für die Dekun der Reichsbanknoten erlassen werden, so müssen von dem Gesamtbetrage der in Umlauf befindlichen Banknoten und der in acht Tagen kündbaren Depositen in den Bankkassen zwei Schätz in Reichsmünze oder in Gold, in Barren und fremden Goldmünzsorten usw. vorhanden sein. Der Betrag der in Umlauf befindlichen Banknoten, wofern er nicht durch Reichsmünze oder Gold gedeckt ist, darf 400 Millionen Reichsmark nicht übersteigen. Bei kommerziellen Krisen kann über diese Summe hinausgegangen werden, wenn die Genehmigung des Reichskanzlers vorliegt und der Minister und der Lombardzinssatz auf 10 p.C. mindestens festgesetzt wird. Beziüglich der übrigen Banken wird festzusezen sein, daß die in Umlauf befindlichen Noten durch ein Drittel Gold und der Rest durch kontrollierte Wechsel oder durch Lombard-Forderungen mit bankmäßigen Untersändern gedeckt ist, auch die Zahl der auszugebenden Noten keine höhere Höhe erreicht, als sie der durchschnittliche Umlaufsvertrag während der Jahre 1870—1871 nachweist. Antragsteller und Referent ist Geheimrat Dr. Soethe, Professor der Volkswirtschaft in Göttingen. B. Ferner wird erstrebt, daß die Ausgabe durch Metall nicht gedeckter Noten von Privatbanken möglichst bald beseitigt, die Preuß. Bank unter Berücksichtigung auf ihre bisherigen Privilegien zu einer Deutschen Reichsbank entwickelt und die Summe der durch Metall nicht gedeckten Noten der Deutschen Reichsbank kontingentiert werde. Antragsteller und Referent L. F. Seyffard in Krefeld, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

\*\* Leipzig, 17. August. Die Semestral-Bilanz der Allgemeinen deutschen Kreditanstalt weist einen Nettogewinn Überschuss von 629,922 Thlr. auf, was einer Jahresdividende von 12 p.C. entsprechen würde.

\*\* Wien, 17. August. Die Neue Freie Presse erwähnt eines an der Börse verbreiteten Gerüchts, nach welchem die Semestralbilanz der Kreditanstalt nach bedeutenden Abschreibungen am Debitor-Konton eine Verzinsung des Aktienkapitals von 6 Proz. per annum ergeben haben soll. Die Abrechnung des Anleihegeschäfts sei auf das zweite Semester übertragen worden.

\*\* Glasgow, 17. Aug. Roheisen. Mixed numbers warrants 87 Sh.

\*\* Neue Steinsalz Lager in Ruhland. Wie wenig man bisher in Ruhland in der Erkenntnis des eigenen Landes und der in ihm verborgenen mineralogischen Schätze vorgefahren war, geht klar aus der Entdeckung der reichen Steinsalz Lager in Slawjansk her vor. Schon vor 20 Jahren hatte der Professor der Charlow'schen Universität, Horissjak, nach einer geologischen Untersuchung des südwästlichen Theils des Gouvernement in seinem "Atlas des geognostischen Baues und der mineralischen Reichthümer" auf Grundlagen wissenschaftlicher Schlussfolgerungen nachgewiesen, daß die seit dem Alterthum bekannten Slawjanski Salzseen ihrem Salzgehalt nicht der Auslaugung der Salzhölze aus dem salzhaltigen Lehmbagrunder verdanken. Damals verbreiteten sich jedoch die Salzindustriellen sehr mißtrauisch gegen diese Meinung des Gelehrten. Erst 1871 beschlossen die Einwohner von Slawjansk Herr Stanislawski und der Poltawski Gutsbesitzer Fürst Kotchubei, die Andeutungen des Professors zu benutzen und nach Steinsalz zu schürfen. Sie beschlossen daher mit der Stadtgemeinde, auf deren Ländereien die Schürfversuche stattzufinden, einen Kontakt auf, sicherten sich die Konzession auf 60 Jahre und verpflichteten sich, der Stadt von jedem Bud Steinsalz, das sie gewinnen würden, 1/4 K. zu zahlen. Am 26. Juni 1872 wurde das erste Bohrloch begonnen. Die Ausstiegung desselben ging mit sehr ungleichmäßiger Schnelligkeit vor sich; im November kam man 3. B. nur um 2 Arschin vorwärts, im Dezember um 6 Faden, im Januar 1873 um 5 Faden, im Februar um 3 Arschin und 10 Werchok. Diese Verschiedenheit erklärt sich durch die Dicke der durchbohrten Erdschichten. Endlich fand man nach langen und unruhigen Erwartungen am 24. Dezember 1873 in der Tiefe von 52 Faden und 2 Arschin ein Steinsalz Lager in einer Schicht von 3 Faden und 4 Werchok Tiefe. Unter diesem Lager folgte eine salzlose, 4 Arschin dicke Lehmschicht; darauf stieß der Bohrer auf ein zweites Salz Lager der altervortrefflichsten Qualität. Dieses zweite Lager ist auch noch 2 1/2 Arschin tief und ruht seinerseits auf einer Art sehr hartem, schwarzem Sandstein. Weitere Nachforschungen werden

noch fortgesetzt. Die Gewinnung des Steinsalzes im Slawjansk wird nicht nur für Charlow, sondern für das ganze mittlere und südliche Ruhland von großer ökonomischer Bedeutung sein. Die Erfahrung lehrt, daß das Steinsalz das beste Präservativ gegen die Kinderpest ist. Gegenwärtig wird es aus entfernten Gegenden, aus Galizien, Orenburg, dem Kaukasus importirt. Es ist zu teuer und zu schwer zu erlangen, um in gebrocher Quantität dem Viehfutter beige mischt zu werden. Daher forderte auch bisher die Kinderpest so gewaltige Opfer und vernichtete im vergangenen Jahre allein im Charlow'schen Gouvernement 11,600 Stück Vieh im Werthe von 300,000 Rubel. Die Slawjansker Salzgrube wird der Seuche hoffentlich bald Grenzen setzen.

Berantwortlicher Redakteur: Dr. Julius Wagner in Posen.

## Angekommene Fremde vom 18. August.

MYLIUS' HOTEL DE DRESDEN. Die Rittergutsbesitzer Graf Leopold a. Ilgen, Frau Lange u. Tochter a. Groß Rybnik, die Kaufleute Jakowitz, Süberstein, Göldner u. Schneider a. Berlin, Grund a. Reiffe, Wende a. Breslau u. Jörgens a. Köln, Königl. Kammerherren von Morawski u. Frau a. Lubonia, Lehrer Rauber a. Ostrowo, Versicherungs-Inspektor Schönwald a. Schwerin, Direktor Lindemann a. Hannover.

BUCKOW'S HOTEL DE ROME. Die Rittergutsbesitzer Leutnant Jäger a. Uchorowo u. Rittmeister v. Kalkreuth u. Frau a. Muchowin, die Kaufleute Rottke a. Wien, Jasse a. Berlin, Lischke a. Düren, Nathan Gravauer u. Doktor a. Magdeburg, Saalmann a. Calbe a. S., van Berlo a. Aachen, Arnaud u. Seiffers a. Nürnberg, Kabinett a. Gleiwitz u. Friedländer a. Berlin, Ingenieur Ebel a. Gleiwitz.

HOTEL DE BERLIN. Appellationsgerichts-Math. Bradt a. Marienwerder, Student v. Poviet a. Paris, Ober-Inspektor Streich a. Sadz, Rentier Wilken a. Königsberg, Partizipier v. Szczecinowski a. Warschau, die Kaufleute Wichter a. Stralsund u. Ulrich a. Breslau, Fahrberichter.

KIELERS HOTEL. Die Kaufleute Schlochowicz a. Oberschlesien, Lewandowski a. Strzelkowo, Sachs a. Lissa, Niblo u. Frau a. Grätz, Kiel, Siegel a. Wohlau u. Szawlits a. Malpin, Bahmeister Friedrich u. Sergeant Beider a. Schrimm.

SCHIRN'S HOTEL DE EUROPE. Die Kaufleute Schlochowicz a. Oberschlesien, Lewandowski a. Strzelkowo, Sachs a. Lissa, Niblo u. Frau a. Grätz, Kiel, Siegel a. Wohlau u. Szawlits a. Malpin, Bahmeister Friedrich u. Sergeant Beider a. Schrimm.

TILSNER'S HOTEL GARNI. Frau C. Freund aus Breslau, Rentier Gischow aus Elbing, Frau Offenheimer aus Berlin, Kaufm. Liez aus Berlin.

C. SCHARFFENBERG'S HOTEL. Regierungs-Baurath Schack aus Frankfurt a. O., die Rittergutsbesitzer Weiß aus Kluczewo in Bommern, Mahn aus Lubowice, Gutsbesitzer Wilcke aus Seefeld, Dr. phil. Capeller aus Gera, Eisenbahn-Techniker Lüke aus Guben, Techniker Eggerth aus Tarnow, die Kaufleute Rothke aus Birnbaum, Rosenthal aus Dobril, Fermin aus Lyck, Silberberg aus Mainz, Rosenberg aus Berlin.

## Bis 11 Uhr Vormittags eingegangene Depeschen.

West, 17. August. Wie "P. Naplo" meldet, ist die Anerkennung der spanischen Republik Seitens Österreich-Ungarns eine vollzogene Thatsache.

Paris, 17. August. Bancroft David ist Sonnabend hier eingetroffen und wird Donnerstag nach Berlin abreisen. Mac Mahon ist Mittags in Le Mans eingetroffen und nach Inspektion der Garnison nach Laval weitergereist.

Noch niemals ist ein Buch so rasend schnell verkauft worden, wie Dr. Viry's Naturheilmethode. Vorläufig bei F. J. Heine in Posen und J. Deutz in Charlottenburg.

## Telegraphische Börsenberichte.

Breslau, 17. August, Nachmittags. Getreidemarkt. Spiritus pr. 100 Liter 100 pf. pr. August 26<sup>th</sup>, pr. September 25<sup>th</sup>, pr. October 23<sup>th</sup>. Weizen pr. August 80. Roggen pr. August 53<sup>th</sup>, pr. September 53<sup>th</sup>, pr. October 53, pr. April-Mai 155 pf. Rübbl pr. August 18, pr. September-October 18, pr. April-Mai 59 pf.

Schwäb. — Weizen niedriger, hiesiger loko 7, 10, fremder loko 7, pr. Novbr. 6, 19, pr. März 6 19 pr. Mai 6, 20, Roggen niedr. hiesiger loko 10, pr. November 5%, pr. März 51, pr. Mai 51, Rübbl höher. loko 10 pf, pr. Octbr. 10%, pr. Mai 10%. Leinbl.

Harburg, 17. August. Nachmittags 1 Uhr. (Getreidemarkt) Weizen und Roggen loko 100 Liter 100 pf. mindestens festgesetzt wird. Beziüglich der übrigen Banken wird festzusezen sein, daß die in Umlauf befindlichen Noten durch ein Drittel Gold und der Rest durch Lombard-Forderungen mit bankmäßigen Untersändern gedeckt ist, auch die Zahl der auszugebenden Noten keine höhere Höhe erreicht, als sie der durchschnittliche Umlaufsvertrag während der Jahre 1870—1871 nachweist. Antragsteller und Referent ist Geheimrat Dr. Soethe, Professor der Volkswirtschaft in Göttingen. B. Ferner wird erstrebt, daß die Ausgabe durch Metall nicht gedeckter Noten von Privatbanken möglichst bald beseitigt, die Preuß. Bank unter Berücksichtigung auf ihre bisherigen Privilegien zu einer Deutschen Reichsbank entwickelt und die Summe der durch Metall nicht gedeckten Noten der Deutschen Reichsbank kontingentiert werde. Antragsteller und Referent L. F. Seyffard in Krefeld, Mitglied des preußischen Abgeordnetenhauses.

\*\* Wien,

